

Auer Tageblatt

1. Auflagen nehmen die Abonnenten und für Anwerbe die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. Hermann Auer, Leipzig, Postfach 100. — Druck: Druckerei des Auer-Tageblatts, Leipzig, Postfach 100.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 197

Donnerstag, den 23. August 1928

23. Jahrgang

Das englisch-französische Geheimnis

Die Londoner „Times“ veröffentlichten folgende offenbar inskribierte Mitteilung:

„Angeht die Tatsache, daß die englisch-französische Verständigung über Abrüstung zur See, von der Chamberlain am 30. Juli im Unterhaus Mitteilung machte, häufig als „Meberereinkommen“ (agreement) bezeichnet wird, mag darauf hingewiesen werden, daß Chamberlain sie als „Kompromiß“ bezeichnete, und daß keine Rede von einem formellen Vertrage ist. Die Ausdrücke „Kompromiß“ und „Meberereinkommen“ werden gebraucht für einen Austausch technischer Dokumente, die von den britischen und französischen Marinefachverständigen aufgegeben und von beiden Regierungen bekräftigt worden sind. Diese Dokumente ermöglichen es Großbritannien und Frankreich, anderen an der Einschränkung der Seerüstungen interessierten Mächten Vorschläge zu unterbreiten, die beide Mächte unterstützen werden. Es wird nicht für wünschenswert gehalten, das sogenannte „Meberereinkommen“ zu veröffentlichen, bevor die Kommentare aller interessierten Parteien eingegangen sind. Ein weiterer Grund für die Nichtveröffentlichung ist in dem mehr technischen Charakter der Dokumente zu suchen, die für andere als Seeverständigt sehr schwerlich oegreiflich sein könnten.“

So sehr auch offizielle und offizielle Dementis eine neue englisch-französische Entente cordiale ableugnen, so spricht doch der tatsächliche Augenschein, wie wir schon ausführten, gegen sie.

Abrüstung, eine neue Form des Wettstreits.

Der außenpolitische Redakteur des „Journal“ beschäftigt sich mit der in der amerikanischen öffentlichen Meinung laut gewordenen Kritik an dem französisch-englischen Flottenabkommen und schreibt: Der wirkliche Grund der Klage der Amerikaner sei, daß sie sich mit den Engländern nicht hätten verständigen können. Wenn England in Genf den amerikanischen Vorschlag über den Kreuzerbau angenommen hätte, dann würde man in Washington die Tatsache mit Beifall begrüßt haben, daß England bei Frankreich die Beschränkung seiner Unterseebootstreitkräfte durchsetzte. Die Herabsetzung der Rüstung der anderen sei nur eine neue Form des Wettstreits. Die ganze Frage laufe auf eine Machprobe zwischen England und Amerika hinaus. Die kleinen Länder hätten nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder ruhig zu-

zusehen, wie die Großen sich auffressen, oder die Kosten ihrer Versöhnung zu tragen.

Ein schöner Spruch

und ein goldener Federhalter für die Unterzeichnung des Antikriegspaktes.

Wie „Journal“ aus Le Havre meldet, wird der Bürgermeister dieser Stadt dem amerikanischen Staatssekretär Kellogg bei seiner Ankunft im Namen der Stadt einen massiv-goldenen Federhalter mit einer Widmung und der Inschrift „Wenn du den Frieden willst, so arbeite für den Frieden“ überreichen und dazu den Wunsch ausdrücken, daß sowohl Kellogg wie auch die anderen Staatsmänner sich bei der Unterzeichnung des Antikriegspaktes dieses Federhalters bedienen möchten.

Die Kandidaturen für Genf.

Für die 9. Völkerbundsversammlung, die am Montag, den 3. September von dem neuen Ratspräsidenten, dem finnischen Außenminister Procope, eröffnet wird, werden, wie alljährlich, bereits jetzt die kommenden Präsidialkandidaturen in Umlauf gesetzt. Gerüchtweise verlautet, daß dem japanischen Ratsmitglied und Botschafter in Paris, Ueda, der voriges Jahr ernsthaft in Frage kam, nunmehr die Präsidentschaft der neuen Völkerbundsversammlung angeboten werden soll. Andere Gerüchte sprechen davon, daß Holland, dessen zweijähriges Mandat als nichtständiges Ratsmitglied Mitte September abläuft, für die Präsidentschaft in Frage komme. In diesem Falle würde dem holländischen Außenminister Beelaerts van Blokland die Präsidentschaft der neuen Bundesversammlung zufallen. Auch für die Nachfolger der drei ausscheidenden nichtständigen Ratsmitglieder, China, Columbia und Holland, werden bereits die ersten Kandidaturen aufgestellt. Während die Wahl Spaniens anstelle Hollands und die Venezuelas oder eines anderen südamerikanischen Staates anstelle Columbiens als sicher gilt, ist die Wahl eines nichtständigen Ratsmitgliedes für Asien noch offen, da vielfach damit gerechnet wird, daß China seine sofortige Wiederwählbarkeit beantragen und infolge der Zustimmung der Bundesversammlung von neuem für den Rat kandidieren wird. Sollte ein derartiger Schritt Chinas nicht von Erfolg begleitet sein, so dürfte eine Kandidatur Persiens, das sich bisher jedes Jahr um einen nichtständigen Ratsitz beworben hat, dieses Jahr im Vordergrund stehen.

Am nachmittag traten die Abrüstungskommission (deutscher Vertreter Abg. Dr. Breitfeld), die Kommission für Koloniale Fragen (deutscher Vertreter Abg. Schnee) und die Kommission für Kinderheilstfragen zusammen. In der Kinderheilstkommission ist Deutschland durch den früheren demokratischen Abgeordneten Heile vertreten.

Ach nein!

Beneš über die Anschlussfrage.

Der tschechoslowakische Außenminister Beneš hat einen Mitarbeiter des „Intransigent“ auf seinem Landstuhlgang bei Prag empfangen. Zur Anschlussfrage äußerte Beneš, dies sei ein von Zeit zu Zeit immer wiederkehrendes altes Lied, das jedesmal mehr oder weniger kräftig erklingen werde. Aber der Anschluss Österreichs an Deutschland werde sich nicht verwirklichen. Deutschland selbst werde eines Tages zu verstehen geben, daß es den Anschluss nicht wüßte, u. a. deshalb nicht, weil die daraus entstehenden Gefahren zu groß seien. — So meint Herr Beneš!

Sozialdemokratie und Panzerkreuzer.

In der sozialdemokratischen Partei flaut die Erregung über die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers U nur sehr langsam ab. In zahlreichen örtlichen Organisationen wird immer wieder dieses Thema behandelt, und es sind nicht immer gerade Schmeicheleien, die über die Haltung der sozialdemokratischen Minister geäußert werden.

Am radikalsten tritt dabei die Ortsgruppe Breslau auf, die in ihrer Entschlieung nicht nur das Behalten der Minister mißbilligt, sondern ausdrücklich den Beschluß auf Zurückziehung der Minister aus der Regierung wiederholt.

In Bielefeld bemühte sich der Reichsinnenminister Severing selbst, um die Erregung der sozialdemokratischen Wählermassen zu dämpfen. Severing unterrichtete, daß grundsätzlich die sozialdemokratischen Minister den Schiffsbau ablehnten, daß man jedoch diese Frage aus guten Gründen nicht zur Rabinetsfrage gemacht habe, denn es gäbe wichtigere Dinge als die Panzerkreuzerfrage, nämlich vor allen Dingen auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Verwaltungsreform. Severing ging sogar so weit, zu betonen, daß der Baubeschluß nicht nur keine Folgen für den Bau weiterer Panzerschiffe haben werde, sondern daß auch alles versucht werden würde, um bei den Abstimmungen über die neue Rate — zunächst ist ja nur die erste Rate bewilligt — ein anderes Ergebnis zu erzielen. Das würde also bedeuten, daß der Kampf bei der Beratung des neuen Etats erneut ausfallen würde.

Nicht uninteressant war auch die Bemerkung Severings, daß der Reichswehrminister aus dem Etat der letzten Jahre Reste im Betrage von 41 Millionen zur Verfügung gestellt und erklärt habe, daß für den gesamten Panzerkreuzerbau keine neuen Etatsmittel angefordert werden würden. Wenn diese Zahlenangaben tatsächlich stimmen sollten, so würden allerdings diejenigen im Recht sein, die stets die Wegsagung vertreten haben, daß der Reichswehretat allzu üppig ausgestattet worden wäre.

In Berlin nahm gestern eine Konferenz der Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, Bezirksverband Berlin, zur Panzerkreuzerfrage folgende Entschlieung des Bezirksvorstandes an:

„Der Bezirksvorstand der SPD, Berlin stellt fest, daß der Beschluß der Regierung, den Bau des Panzerkreuzers U zu beginnen, in Widerspruch steht zu der Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage und zu den Voraussetzungen, die zur Regierungsbildung führten. Die Sozialdemokratische Partei Berlin lehnt daher die Mitverantwortung für die Bewilligung der ersten Rate ab und beschließt, die sofortige Einberufung des Reichstages zu fordern, um eine Entscheidung des neugewählten Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers herbeizuführen. Sofern eine Einberufung des Reichstages nicht zu erreichen ist, werden die Genossen in der Regierung aufgefordert, die Wiederaufhebung des Beschlusses vom 10. August zu verlangen und im Falle der Ablehnung der Wiederaufhebung zurückzutreten. Ferner werden die Genossen in der Reichsregierung aufgefordert, die übrigen Raten für das Panzerschiff abzulehnen.“

Auf jeden Fall wird man in der sozialdemokratischen Parteileitung damit rechnen müssen, daß sich der Panzerkreuzersturm noch nicht so schnell legt, zumal die Kommunisten eine sehr starke Agitation gegen den Panzerkreuzer und gegen die ihnen verhasste Sozialdemokratie betreiben, eine Agitation, deren Unwahrscheinlichkeit niemand verborgen bleiben kann, nicht doch fast in keinem Bande der Militarismus derart, wie gerade in Rußland.

Ein Rufer in der Wüste.

Bandervelle über die Rheinlanddrängung.

Der Pariser „Sotr“ hat bei führenden Politikern Englands, Belgiens und Frankreichs eine Umfrage über die Vocarnopolitik, den Kelloggpaakt und die Aussichten der bevorstehenden Völkerbundstagung veranstaltet und gab gestern die Meuerungen Bandervelles wieder, die sich besonders eingehend mit der Frage der Rheinlanddrängung befassen. „Was kann man,“ so führt Bandervelle aus, „Dr. Stresemann entgegen, wenn er morgen fragt: „Worauf wartet Ihr, um uns nach sechsjähriger Besetzung das Recht wiederzugeben, uns auf unserem gesamten Staatsgebiet frei zu bewegen.“ Es wäre unmöglich, ihm zu erwidern: „Ihr sollt weiterhin ein Staat sein, der sich nicht im Sinne aus Artikel 1 des Völkerbundschartes frei regiert.“ Die Aufrechterhaltung der Besetzung ist vom Standpunkt der Sicherheit wie von demjenigen der Reparationen vollkommen nutzlos geworden und ist andererseits für alle, nicht zuletzt für uns Belgier, eine Belastung.“

Die wahre Garantie der deutschen Zahlungen ist wie bei allen anderen Ländern die Tatsache, daß jede Großmacht Kredit braucht und deshalb sich genötigt sieht, ihre Verpflichtungen innezuhalten. Die Rheinlandbesetzung ist weder rechtlich noch tatsächlich zu rechtfertigen. Sie dient nur dazu, bei uns in Belgien die Verstärkung der Rüstungen zu rechtfertigen. Sie bildet ein Hindernis für den Frieden und eine ständige Ursache für Reibungen und Konflikte.“

Keine Verhaftung Hugo Stinnes junior.

Die Annahme, in der Kriegsanleihebetrugsaffäre sei Hugo Stinnes junior verhaftet worden, trifft nicht zu. Von zuständiger Stelle verlautet, daß gegen Hugo Stinnes ein Haftbefehl nicht vorliegt.

Frankreichs militärische Ausgaben.

Im französischen Parlament ist gestern die Begründung zu dem allgemeinen Budget für das Haushaltsjahr 1929, dessen Vorbereitung Finanzminister Poincare abgeschlossen hat, verlesen worden. Die Einnahmen aus dem Dawesplan sind mit einer Milliarde Franken in das allgemeine Budget eingefügt worden.

Das Kapitel Ausgaben enthält in seiner Einleitung die Ankündigung, daß scharfe Einsparungen vorgenommen worden seien, daß aber alle Verpflichtungen in den Etat eingestellt worden seien, die sich aus der Schaffung der unerlässlichen Vorbedingungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit ergeben, daß außerdem Kredite für die Defensivorganisation der französischen Ostgrenze und für den progressiven Ausbau der französischen Kriegsmarine vorgezogen seien. Die Erhöhung der Militärausgaben im Vergleich zu den Krediten von 1928 beläuft sich auf etwa eine Milliarde, eine Summe, unter die Herunterzugehen unmöglich scheint. — Es entsteht die Frage: Wozu Rüstung, wenn der Krieg gekämpft wird, wie es doch durch den Kelloggpaakt geschehen soll.

Die Tagung der Interparlamentarischen Union.

Zur Tagung der Interparlamentarischen Union sind im Laufe des gestrigen Tages die meisten ausländischen Teilnehmer in Berlin eingetroffen. Bisher ist die Teilnahme von 561 Parlamentariern angemeldet. Deutschland ist auf der Tagung mit 71 Mitgliedern vertreten. Sie gehören allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten an. — Die Räume des Reichstagsgebäudes sind festlich geschmückt. In der Kuppelhalle sind die Standbilder der Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg mit Blumen geschmückt. Vier große Banner in den Reichsfarben hängen herab, daneben die Fahnen aller in der Interparlamentarischen Union vertretenen Länder. Der Sitzungssaal ist mit Blumen und Grün geschmückt. Die Reichstagsverwaltung hat die Einrichtung des Gebäudes dem jetzigen Zweck als Tagungsort des Parlaments der Parlamente angepaßt.